

Viel Lob für Förderrichtlinie des Landkreises

Oberhavel: Mehr Integration für Asylbewerber

Viel Lob hat die Kreisverwaltung Oberhavel für eine Förderrichtlinie erhalten, mit der sie den Kommunen ermöglicht, Angebote zur Integration von Asylbewerbern zu machen. Das sei eine vorausschauende Vorgehensweise, hieß es jetzt im Kreistag.

Oberhavel. Viel Lob hat die Kreisverwaltung Oberhavel für eine Richtlinie erhalten, mit der Kommunen bei der Integration von Asylbewerbern unterstützt werden. Im Kreistag sprach FDP-Abgeordneter Christian Erhardt-Maciejewski von einer „ganz neuen Vorgehensweise des Landkreises“, dieser habe vorausschauend agiert.

Danach können Kommunen für jeden in ihrem Ort lebenden Ausländer mit anerkannten Asylgründen eine Förderung von 50 Euro pro Jahr oder von 25 Euro für ein halbes Jahr beim Landkreis beantragen. Mit diesen Zuwendungen sollen Willkommensveranstaltungen und Beratungen ermöglicht werden.

Der Landkreis möchte außerdem begleitende Angebote, so zum Beispiel Hausaufgabenhilfen oder Begleitungen im Personennahverkehr fördern. Die Kommunen können auch im Landkreis Oberhavel tätige Vereine, Verbände, gemeinnützige GmbHs, Stiftungen, Initiativen oder Einzelpersonen mit den Aufgaben zur Integration von Asylbewerbern beauftragen. Voraussetzung für die Zuwendung ist, dass die jeweiligen Oberhavel-Kommunen Kofinanzierungsmittel zur Verfügung stellen.

Ziel der Förderrichtlinie ist die finanzielle Unterstützung von Städten und Gemeinden im Landkreis Oberhavel für Angebote an Asylbewerber, „die ein Zusammenleben in der Gemeinschaft fördern und den Asylbewerbern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern“, heißt es in der Begründung der Verwaltung.

Mit Ausnahme von drei Abgeordneten stimmten alle Kreistagsmitglieder für die Richtlinie. Michael Ney (CDU) enthielt sich, die beiden NPD-Abgeordneten stimmten dagegen.

Die Linken-Fraktionsvorsitzende Elke Bär erklärte, die Richtlinie sei „mehr als ein Pünktchen Hoffnung für die Asylbewerber. Dem Landkreis Oberhavel gehe es gut, die Bürger können und müssen teilen“.

Märkische Allgemeine, 22. Juli 2015